

V-7 Klimakampf für viele - Klimapolitik statt Repressionen

Gremium: 57. Bundeskongress
Beschlussdatum: 22.10.2023
Tagesordnungspunkt: V Weitere Anträge

Antragstext

1 Die globale Klimapolitik ist nicht auf dem Weg, eine sich extremisierende
2 Klimakrise und deren Konsequenzen zu Verhindern, Deutschland kommt hierbei eine
3 besondere Verantwortung zu. Wir erkennen die Verantwortung Deutschlands an,
4 hierbei viel sehr viel schneller und entsprechend von Wissenschaftlichen
5 Szenarien klimapolitisch zu handeln.

6 Wir erkennen die Notwendigkeit von zivilem Ungehorsam angesichts dieser
7 dramatischen Lage und den krassen resultierenden Ungerechtigkeiten an.

8 Außerdem unterstützen wir deutlich die Idee, einen Gesellschaftsrat
9 einzuberufen, der der Bundesregierung aufzeigen kann, welcher Weg, Deutschland
10 bis 2030 sozial gerecht fossilfrei zu machen, gesellschaftlich mehrheitsfähig
11 werden kann.

12 Die Klimakrise verstärkt sich von Tag zu Tag und Deutschland kommt seiner
13 globalen Verantwortung, schnell und effektiv zu handeln, nicht nach. Wir müssen
14 möglichst schnell aus allen fossilen Energieträgern aussteigen, um noch eine
15 Chance zu haben, die 1,5-Grad-Grenze einzuhalten.

16
17 Wir erwarten, dass in allen Fragen des sozial-ökologischen Wandels grundsätzlich
18 diejenigen, die die Transformation tragen sollen, auch mit eingebunden werden.
19 In Bürgerbeteiligungen auf verschiedenen Ebenen wollen wir etwa Beschäftigte,
20 Anwohner*innen und junge Menschen zentral dabei einbinden, über den ökologischen
21 Umbau konkret mitzuentcheiden und mehrheitsfähig zu gestalten. Verschiedene
22 Möglichkeiten (z.B. Transformationsräte, einen Bürger*innenrat/Gesellschaftsrat,
23 Arbeiter*innenräte), diese Einbindung auszugestalten, werden in der
24 Bildungsarbeit der GRÜNEN JUGEND aufgegriffen und diskutiert.

25
26 Als GRÜNE JUGEND erkämpfen wir eine konsequente Klimapolitik. Dafür braucht es
27 eine starke gesellschaftliche Bewegung, die den Klimakampf mit anderen
28 Klassenkämpfen verbindet, um die Mehrheit der Gesellschaft anzusprechen. Daher
29 beteiligen wir uns als GRÜNE JUGEND an vielfältigen Aktionsformen von Social

30 Media Aktionen über Großdemonstrationen, Organizingkampagnen bis hin zu zivilem
31 Ungehorsam, die sich gegen Kapitalinteressen und deren Verteidigung durch
32 Polizeigewalt richten.

33
34 Wir als GRÜNE JUGEND, möchten die breiten Massen nutzen, um Druck aufzubauen und
35 sehen auch die Menschen, die morgens mit dem Auto zur Arbeit fahren oder in den
36 dringend benötigten Urlaub reisen wollen, als unsere Verbündeten im Kampf für
37 eine Gesellschaft, in der Kapitalinteresse nicht mehr über die Zukunft auf
38 unserem Planeten gestellt werden.

39
40 Insbesondere in unserer Zusammenarbeit mit Gewerkschaften bekommen wir immer
41 wieder gespiegelt, dass viele Beschäftigte Straßenblockaden und ähnliche
42 Aktionen als Aktionen gegen die breite Mehrheit verstehe, wodurch sie von linken
43 Kämpfen abgeschreckt werden.

44
45 Dabei verstehen wir die Verzweiflung über das fehlende Handeln der Regierungen
46 auf die eskalierende Klimakrise zu reagieren und sich auf diese Art für
47 Klimaschutz einsetzen möchten, jedoch teilen wir ihre Strategie nicht.

48
49 Wir möchten jedoch auch klar betonen: Die verstärkten Repressionen gegen
50 Klimaaktivist*innen und ihre zunehmende Kriminalisierung sind eine Gefahr für
51 jeden gesellschaftlichen Widerstand. Beispielhaft hierfür stehen die zahlreichen
52 Versuche, die Letzte Generation als kriminelle Vereinigung einzustufen und zu
53 verbieten, sowie zahlreiche Abhöraktionen, Hausdurchsuchungen,
54 Präventivverhaftungen und vieles mehr. Dies betrifft auch heute schon weitere
55 Gruppen wie FFF.

56
57 Unabhängig davon, ob wir mit den Aktivist*innen strategisch einer Meinung sind,
58 treten wir der zunehmenden Kriminalisierung von legitimem Protest entschieden
59 entgegen. Dass selbst Regierungsmitglieder, deren Aufgabe es wäre, sofort für
60 effektiven Klimaschutz zu sorgen, stattdessen in den hasserfüllten Diskurs gegen
61 Aktivist*innen einsteigen und einseitig mit immer härter Repression drohen,
62 verurteilen wir.